

PRESSE-ECHO

CHRIST UND WELT
Scharfmacher in Berlin

Unter der Überschrift „Scharfmacher in Berlin“ befaßt sich die in Stuttgart erscheinende Wochenzeitung „Christ und Welt“ mit der Situation in Berlin:

Es ist doch bezeichnend für die mit Eifer betriebene Vergiftung der politischen Atmosphäre in Berlin, an der sich neben dem SDS auch der sogenannte Republikanische Club und wieder Herr Enzensberger beteiligen, daß die jüngsten Demonstrationen und Rüpelszenen ausgerechnet während einer Gedenkfeier für Walther Rathenau stattfanden. Reicht die Erinnerung an den Mord vor 45 Jahren schon nicht mehr aus, um verantwortungslosen Agitatoren zur Einsicht zu verhelfen? Da wird der Popanz „Faschismus“ beschworen, da wird Studenten eingeredet, mit der „Enteignung-Springer“-Kampagne gelte es das „System“ zu treffen. Ein öffentliches Tribunal soll gegen den „Faschisten Axel Springer“ zusammengerufen werden, eine neue Hexenjagd wird arrangiert. In Springers Druckhaus soll die Auslieferung der Zeitungen verhindert werden — fünfzig Meter vor der Mauer. Das Wort vom „Kriegssetzer“ und seinen „faschistischen Methoden“ wird mit Lust an eigenen Untergang in Umlauf gesetzt, weil Springer kein „Linker“ ist. Damals bei Rathenau, dem Patrioten, dem Gegner eines Friedens durch Unterwerfung und dem Außenminister von Rapallo, war es ähnlich: Man schürte die Erregung, propagierte „Schuldige“ und schuf unter verhetzten Jugendlichen eine Atmosphäre des Hasses, in der politische Mordgedanken reifen konnten. Die wirklich Verantwortlichen saßen dann nicht vor dem Richter. Soll es wieder so weit kommen?

Wir wollen Axel Springer nicht mit Walther Rathenau vergleichen; es gibt auch viele und beherzigenswerte Einwände gegen Presse- und Meinungskonzentration.

Aber was zurzeit in Berlin und vielleicht auch bald in der Bundesrepublik zusammengebraut wird, ist ersterster zu nennen als studentische Go-ins, Proteste oder Straßenkrawalle. Jetzt wird Haß gesät und die zum Teil durchaus berechnete Unzufriedenheit der Studenten von Dunkelmännern zur „Aktion“ geschürt. Unsicherheit soll sich verbreiten und Verdruss — nicht zuletzt über Berlin. Das ist das politische Nahziel, dem heute vielleicht ein Großverleger der „Rechten“, morgen ein Politiker geopfert werden soll. Die Erinnerungen an das Schicksal Walther Rathenaus schrecken.

Wir hoffen, daß wir zu schwarz sehen. Doch das Gespenst einer verführten Jugend ist keineswegs tot. In Berlin wird es von intellektuellen Scharfmachern erneut zum Leben erweckt.

Brandt rechnet nicht mit neuer Initiative Moskaus

Dachau, 15. Oktober (AP)

Bundesaußenminister Willy Brandt bezweifelt, daß die Sowjetunion eine neue Deutschland-Initiative vorbereitet, oder daß sie die Bundesregierung konsultieren würde, falls es zu einer solchen Initiative kommen sollte. Damit nahm Brandt auf einer Pressekonferenz in Dachau zu einer Meldung der „New York Times“ Stellung, die unter Berufung auf osteuropäische Quellen berichtet hatte, der sowjetische Botschafter Semjon Zarapkin habe am vergangenen Donnerstag bei seiner Unterredung mit dem Bundesaußenminister die sowjetischen Vorstellungen über eine solche Initiative dargelegt und um westdeutsche Anregungen für seine Regierung in Moskau gebeten.

Inzwischen haben sich die ungarische und die tschechoslowakische Parteiführung vorbehaltlos hinter die sowjetonale Vorstellung zur Lösung des Deutschland-Problems gestellt. Der ungarische Parteichef Janos Kadar und Ministerpräsident Jenö Fock verließen am Wochenende nach einem fast einwöchigen Besuch Prag.

„Lediglich Normalisierung“

Belgrad, 15. Oktober (dpa)

In einem Artikel vom 10. Jahrestag des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Bonn — Belgrad am 19. Oktober schreibt die Belgrader Parteizeitung „Borba“ am Wochenende: „Aus der Darstellung der westdeutschen Presse gewinnt man den Eindruck, es sei Jugoslawien, das auf Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen dringe. So ist es in Wirklichkeit aber nicht. Wir drängen lediglich auf eine Normalisierung der Beziehungen, einschließlich der Regelung offener bilateraler Fragen.“

DEMONSTRATION IN FRANKFURT

Kein Beifall, viel Schulterzucken, Empörung

Anti-Springer-Aktionen des SDS ließen das Publikum der Buchmesse weitgehend unbeteiligt

Von unserem Korrespondenten Frankfurt a. M., 15. Oktober

Die schöngesteigen Verlage sind auf dem Frankfurter Messegelände diesmal in Halle VI untergebracht. Der Bau ist geräumig genug, um neben dem Gewimmel der Verlagsstände Platz für eine breite Gehbahn und für eine Fernsehzentrale zu bieten. An dieser Gehbahn, gegenüber der Zentrale, liegt der kleine Stand der WELT DER LITERATUR.

Es war zunächst ein Geraune zu hören: Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) würden diesen Stand zusammenschlagen. DIE WELT DER LITERATUR gehört ebenso wie die auf der Messe vertretenen Buchverlage Propyläen und Ullstein zu jenen Unternehmen, die in der Verlagsgruppe Axel Springer zusammengeschlossen sind. Der SDS führt eine Bausch-und-Bogen-Kampagne gegen diese Verlagsgruppe. Seine Forderung: „Enteignet Springer!“

Nicht jedermann wird von dem Bund dabei als Verbündeter akzeptiert. In seinem auf der Messe verteilten Flugblatt heißt es: „Grass und Erhard, die Repräsentanten des Status quo, werden hier lebend zur TV-Show (Show) ausgestellt. Ihre literarischen Produkte enthalten das schlechte Bestehende.“ Mitmachen darf aber das „Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler“. In seinem Flugblatt steht

FRANZÖSISCHE VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Der Sowjet-Marschall kam, als die NATO ging

Paris stellt die militärische Zusammenarbeit mit Moskau heraus

Von unserem Korrespondenten

L. R. Paris, 15. Oktober

Ein symbolischer Zufall hat es gewollt, daß während des Auszugs der atlantischen Allianz aus Frankreich der sowjetische Generalstabschef der französischen Armee seinen ersten Besuch abstattet. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt übernahm der französische Außenminister den Vorsitz im Atlantikrat.

Die Bündnisorgane verlassen Frankreich in einem Augenblick, da die erklärten Zielsetzungen der französischen Ostpolitik sich mit den Bestrebungen der Verbündeten nach Entspannung des Verhältnisses zur Sowjetunion im wesentlichen decken. Trotzdem droht ein französischer Widerspruch zu den vermutlich bescheidenen Ergebnissen der gemeinsamen Studie der Bündnispartner über die Entspannungspolitik.

Der französische Armeeminister Messmer hat dem Besuch des Sowjetmarschalls Sacharow mit Bedacht eine besondere Bedeutung gegeben. In einem Kommuniqué ließ er hervorheben, es handele sich um eine Veranstaltung im Rahmen der 1966 in Moskau vereinbarten Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, das freundschaftliche Verhältnis zu vertiefen und engere Beziehungen auch zwischen ihren Streitkräften zu knüpfen.

Acht sowjetrussische Fallschirmjäger springen deshalb zurzeit als diplomatische Vorhut der Sowjetarmee im Dienste dieser Zusammenarbeit auch auf militärischem Gebiet an der französischen Luftlandeschule, die Marschall Sacharow neben der Luftwaffenakademie und anderen Einrichtungen sowie Verdun besucht hat.

Rechtfertigung im voraus

Die politische Aussage dieses Kommuniqués bekräftigt die Argumentation, mit der Marschall Sacharows militärischer Gastgeber, Armeegeneral Ailleret, als Chef des französischen Oberkommandos schon seit mehr als zwei Jahren in verschiedenen Ansprachen und Schriftsätzen den Rückzug Frankreichs aus der Militärorganisation des atlantischen Bündnisses im voraus zu rechtfertigen gesucht hatte.

Strategie und Planung der NATO, so hatte General Ailleret 1965 vor der NATO-Verteidigungsakademie in Paris kritisiert, seien auf einen einzigen potentiellen Gegner ausgerichtet: Die Sowjetunion und den Warschauer Pakt der osteuropäischen Staaten. Schon deshalb könne Frankreich sie nicht länger für sich gelten lassen. Seine auswärtige Politik sei mit einer einseitigen und starren Militärstrategie zur Planung

eines Krieges gegen die Sowjetunion in Europa nicht vereinbar. Zwar dauere die objektive militärische Bedrohung Westeuropas aus dem Osten noch immer an, aber nicht mehr mit einer aktuellen Kriegsgefahr. Würde diese Bedrohung einmal aufgehoben sein, so argumentierte Ailleret, dann könnte Frankreich sogar die Allianz verlassen. Frankreichs Lage und Politik geböten dagegen eine auf die verschiedensten Situationen anpassungsfähige, elastische und globale Strategie, die überall gegen jede Art von Bedrohung, von welcher Seite auch immer, wirksam werden könnte.

Politische Doktrin des Generals

Da die Allianz eine solche Strategie nicht annehmen und ihre militärische Planung keinen anderen Eventualitäten als dem Fall eines sowjetischen Angriffskrieges gegen Westeuropa anpassen wolle, könne Frankreich an ihr nicht mehr teilnehmen.

Diese Argumente trug Ailleret auch 1966 vor der französischen Kriegsakademie vor. Es handelt sich dabei um eine politische Doktrin General de Gaulles, nicht aber um eine militärisch relevante strategische Doktrin des französischen Generalstabs, denn sie steht im Widerspruch zu den tatsächlichen französischen Verteidigungsmaßnahmen.

Einerseits haben die jüngsten Manöver französischer Eingreifverbände an der Elfenbeinküste wieder die Schwäche der französischen Luft- und Seetransportmittel für solche Interventionen im Zuge einer globalen und elastischen Strategie gezeigt, zum anderen sind diese französischen Eingreifverbände viel zu schwach, um irgendwo außerhalb Frankreichs militärisch etwas auszurichten.

Die gesamte Abschreckungsstrategie Frankreichs mit der „Force de Frappe“ ist aber — wie es auch anders nicht sein kann — ausschließlich auf die Sowjetunion und Europa ausgerichtet. Die vorprogrammierten Ziele der französischen Atombomber und Nuklearraketen liegen an dem Gebiet der Sowjetunion und in Mittel- und Osteuropa. Die Planung hat einen Sinn nur für den auch von der NATO als Planungshypothese angenommenen Fall eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa.

Die demonstrative Behandlung des sowjetischen Generalstabschefs Frankreich als eines Partners in militärischer Zusammenarbeit zwischen befreundeten Staaten ist ein Zeichen dafür, daß trotz der Abschreckungsstrategie de Gaulle die Sowjetunion nicht länger als einen potentiellen Kriegsgegner behandeln will, wenn er diese Möglichkeit eines Konflikts nicht gänzlich ausschließt.

In diesem Zusammenhang gewinnt seine öffentliche Erklärung These, daß Frankreich im Kriegsfall zwischen der USA und der Sowjetunion eine Chance des Überlebens durch eine Option auf bewaffnete Neutralität erhalten würde, ihr politisches Profil: Schon im Juli 1966 hatte der General erklärt, daß die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion „entschieden abgegrenzt“ sei. Seither rätseln die Diplomaten über die Bedeutung dieses Urteils für die Entscheidung des Generals über Frankreichs Verhältnis zur atlantischen Allianz nach 1969.

Inzwischen hat er alliierten Diplomaten erklärt, daß seine Entscheidung über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen „den beiden Supermächten“ hänge. Wenn es sich zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington in der nuklearen Sicherheitspolitik festigen sollte, würde es für Frankreich unnötig und sinnlos sein weiter im Atlantikpakt der Verbündeten dieser beiden Mächte zu bleiben.

Breschnjew attackiert in Stalingrad die USA

Nachrichtendienst der WELT

Moskau, 15. Oktober

Im ehemaligen Stalingrad (heute Wolgograd) wurde am Sonntag auf dem 102 Meter hohen Mamajew-Hügel die größte Kriegerdenkmal der Welt eingeweiht. Fast 25 Jahre nach der Schlacht von Stalingrad, der entscheidenden Wende im Kampf gegen Hitler, erbaute sich von nun an über dem Wolgograd die „Rodina-Mat“, die „Mutter Heimat“.

In der Einweihungsrede sprach der sowjetische Parteichef Breschnjew den Wunsch aus, Stalingrad möge die letzte große Schlacht gewesen sein. Doch warnte er vor der „Wahnsinnigen“, deren „abenteuerliche Pläne die Menschheit in einen neuen Weltkrieg zu stürzen drohen“. Breschnjew nannte keinen Namen, doch sprang er in Zusammenhang mit der jüngsten Aggression der Vereinigten Staaten gegen Vietnam.

Verlagshaus Springer fragt den Presserat

Nachrichtendienst der WELT

Hamburg, 15. Oktober

Das Verlagshaus Axel Springer hat den Deutschen Presserat aufgerufen, sich mit den in jüngster Zeit gegen den Verlag von verschiedenen Seiten erfolgten Angriffen zu befassen. In einer am Wochenende veröffentlichten Erklärung wird der Deutsche Presserat aufgerufen, auf seiner für den 16. Oktober in Bonn geplanten Plenarsitzung zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

- 1. Warum wurde dem Schriftsteller und Mitglied der „Gruppe 47“, Günter Grass, am 25. September vom Deutschen Fernsehen Gelegenheit gegeben, in der Sendung „Panorama“ eine polemische Stellungnahme gegen das Haus Springer zu verlesen, deren Verbreitung zum zweiten Deutschen Fernsehpreis (Zdf) als mit dem Staatsvertrag vereinbart war. Grass hatte unter anderem erklärt, die Springer-Presse verbreite „wahrhaft faschistische Methoden“ Zweckmeldungen, die die „verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik“ verletzen.
- 2. Der Presserat möge sich zu der Tatsache äußern, daß etwa 70 Autoren der „Gruppe 47“ alle Schriftsteller, Publizisten, Wissenschaftler und Verleger zum Boykott der Zeitungen und Zeitschriften des Springer-Verlages aufgerufen haben, und
- 3. daß die „Stuttgarter Zeitung“ am 7. Oktober „eine nicht recherchierte Falschmeldung über das angebliche Ausscheiden des Generalbevollmächtigten von Axel Springer, Christian Krauß, veröffentlichte, die unserem Haus schweren Schaden zufügen kann“.
- 4. Schließlich verlangt das Verlagshaus Springer eine Stellungnahme dazu, daß der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) eine „lang andauernde Kampagne zur Entlarvung und Zerschlagung des Springer-Konzerns“ und „koordinierte Aktionen“ zur Verhinderung der Auslieferung von Zeitungen und Zeitschriften des Hauses Springer beschlossen hat. Dies sei geschehen, obwohl der SDS sich den Worten des Studenten Rudi Dutschke darüber erklären sei, daß diese Maßnahmen gesetzwidrig seien.

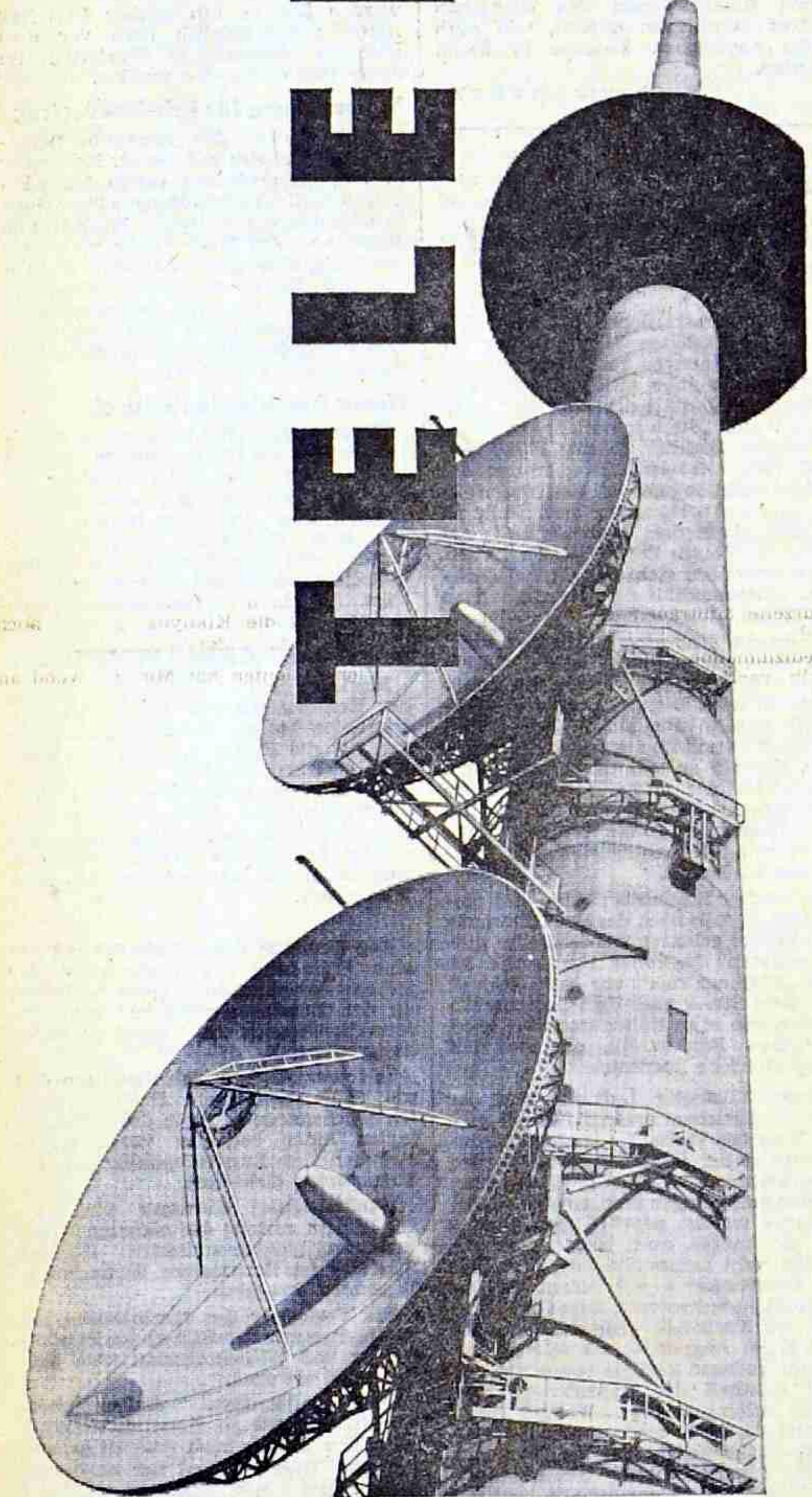
Messeleitung bedauert

Nachrichtendienst der WELT

Frankfurt a. M., 15. Oktober

Die Direktion der Frankfurter Buchmesse hat in einer Erklärung vom Wochenende die Demonstration von Jugendlichen und Studenten auf dem Messegelände bedauert. Außer gegen die Stände einiger Springer-Verlagsobjekte hatten sich die Aktionen gegen griechische, südafrikanische und spanische Verlage gerichtet. Die Demonstrationen wurden ausdrücklich als „unvereinbar mit dem Wesen und der Aufgabe der Buchmesse“ bezeichnet. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen verurteilte die Vorgänge, die die Sicherung der rechtstaatlichen Ordnung wichtiger werden lassen könnten als Fragen der gegenwärtig diskutierten Presse-Konzentration.

TELEFUNKEN



Die längste freitragende »Brücke« Deutschlands

Rund 200 km liegen zwischen den »Pfeilern« der neuen TELEFUNKEN-Richtfunkverbindung Berlin — Westdeutschland. Parabolspiegel-Antennen von 18 m Durchmesser übertragen 600 Ferngespräche und ein Fernsehprogramm (in Farbe oder schwarz-weiß). Gleichzeitig und ohne Relaisstelle. Das sind die technischen Daten dieser ungewöhnlichen »Brücke«. Sie sind die sachlich-nüchternen Beweise für den Erfahrungsvorteil, auf den wir stolz sind. TELEFUNKEN-Erfahrung können Sie kaufen